

Online-Rezensionen zur Liberalismusforschung 1/2009

Hugo Preuss: Gesammelte Schriften Bd. 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik.

Hrsg. u. eingel. von Detlef Lehnert. Tübingen: MohrSiebeck 2008, 738 S.

Mit dem zweiten Band der Gesammelten Schriften, in der Werkausgabe nominell der vierte Teil, liegt vermutlich der parteigeschichtlich interessanteste vor, ist er doch chronologisch dem Lebensabschnitt gewidmet, in dem Hugo Preuß am prononciertesten politisch hervortrat, als Staatssekretär, Minister, Abgeordneter und Parteipolitiker. Auch in den Quellen spiegelt sich dieses politische Engagement deutlich wider: Neben drei größeren Ausarbeitungen werden hier vor allem Reden, Zeitungsartikel sowie Presseberichte dokumentiert, dazu auch einige Fachaufsätze. In ihnen kommt die politische Positionierung von Preuß sehr klar zum Ausdruck, die vom Herausgeber in seiner Einleitung mit „sozialliberaler Demokrat“ (S. 55 u. 66) umschrieben wird. Das ist insofern richtig, als Preuß selbst die politische Richtung, die er offen unterstützte und organisatorisch sich verbunden fühlte, als „bürgerliche Demokratie“ verstand. (S. 77). Diese hat für ihn nach Verabschiedung der Verfassung „keinen anderen Daseinszweck ... als die Durchsetzung, Befestigung und Entfaltung des deutschen demokratischen Staates“. (S. 155) Schon sehr früh, dies Zitat stammt aus 1920, sah Preuß mithin in seiner „Deutschen Demokratischen Partei“ so etwas wie eine „Staatspartei“, die die Kerngedanken der Weimarer Reichsverfassung zu ihrem Programm machen sollte: „Die nationale Einheit, die politische Freiheit und das soziale Recht sind so die Leitgedanken der Verfassung von Weimar.“ (S. 92) So Preuß 1919 in einer seiner vielen Werbeschriften für sein Verfassungswerk.

Allerdings wird man feststellen, dass der liberale Aspekt dabei für Preuß zumindest in seinen parteipolitischen Stellungnahmen nicht unbedingt im Mittelpunkt stand. Unter Berufung auf Friedrich Naumann bezeichnete er 1920 die „Selbstzucht des Volkes“ als „die Aufgabe der demokratischen Partei, deren Existenzberechtigung in der neuen nationalen und demokratischen Gestaltung des Deutschen Reiches liegt“. (S. 597) So sehr Preuß sich verfassungsrechtlich um Sicherung der freiheitlichen Elemente bemüht haben mag, als Parteipolitiker vermied er auffällig die Begriffe Freiheit und liberal. Im Grunde genommen war sein Selbstverständnis weniger sozialliberal als vielmehr nationaldemokratisch, was er mit anderen in heutiger Sicht „Linksliberalen“, etwa mit Theodor Heuss damals durchaus teilte. Diese Ausrichtung dürfte im Fall von Preuß vor allem zwei Gründe gehabt haben: Zum einen forderte er durch die Bank weg den engen Schulterschuß von bürgerlicher und sozialer Demokratie; programmatisch kommt dies schon im Titel eines Zeitungsbeitrages vom Januar 1919 zum Ausdruck: „Vom Verschwinden des Gegensatzes von DDP und SPD“. Immer wieder stellte Preuß das verantwortungsvolle Handeln der SDP-Führung im November 1918 heraus, mit der diese sich ein „hohes geschichtliches Verdienst“ erworben habe. (S. 146, vgl. S. 154, 240, 289, 337, 600, 603) Preuß hatte davon politisch profitiert und war dafür vor allem Friedrich Ebert eng verbunden. (Vgl. S. 618) Dieses Suchen nach der Anlehnung an die Sozialdemokratie ließ Preuß seine Parteifreunde immer wieder vor der Einnahme „klassenkämpferischer“ oder Bürgerblock-Positionen warnen. Genau diese warf er andererseits vor allem der Deutschen Volkspartei vor, die er zur antirepublikanischen Rechten rechnete und an der er kein gutes Haar ließ, selbst nachdem sie unter Stresemanns Führung der Republik angenähert hatte. (Vgl. S. 263, 393 f, 404).

In ihr erblickte er so etwas wie den eigentlichen Erben des alten Liberalismus, freilich jetzt mit einem unverkennbaren Rechtstrend.

In einer Verbindung mit der rechtsliberalen Schwesterpartei konnte er dementsprechend, im Gegensatz zu manchem demokratischen Parteifreund, kein Heil sehen. Stattdessen brachte Preuß nach dem Tod von Walter Rathenau die Idee einer großen „republikanischen Reichspartei“ ins Spiel, zu der sich die Weimarer Koalitionsparteien zusammenschließen sollten. (S. 405) Zwar war auch Preuß nur zu bewusst, dass ein solcher Umbau des Parteiensystems unwahrscheinlich war, aber er hat alle Ansätze dazu, etwa bei der Reichspräsidentenwahl 1925 oder im Reichsbanner Schwarz-rot-gold, warmherzig begrüßt. (Vgl. S. 251 f, 266 f, 609, 616). Die hier edierten parteipolitischen Schriften werfen insgesamt ein bezeichnendes Licht auf den Weimarer Linksliberalismus und dessen Niedergang, den Preuß zwar in seinem vollen Umfang nicht mehr erleben musste. Aber schon bei ihm zeichnen sich die Schwierigkeiten der DDP überdeutlich ab, in einer zunehmend aufgefächerten und von Interessengruppen geprägten parteipolitischen Landschaft Profil zu gewinnen. Preuß' idealistische Auffassung von deutsch-demokratischer Politik bot da aus heutiger Sicht kaum Abhilfe, zumal sie die Unterschiede zur politischen Konkurrenz, die aber anders als die DDP noch auf einigermaßen fest gefügte Milieus zurückgreifen konnte, eher verwischte als verschärfte.

Im Rückblick steht der Preußsche Appell an seine Parteifreunde, sich als Staats- und Verfassungspartei zu verstehen und zu profilieren, auch in einem gewissen Spannungsverhältnis zu seiner Einstellung zur Weimarer Republik. Denn diese war trotz erheblicher rhetorischen Bemühungen schon bald eher von der Defensive geprägt, da er natürlich die irreversible Abwanderung der Wähler von den prorepublikanischen Parteien 1920 nicht übersehen konnte. Deshalb sind gerade die hier abgedruckten längeren Schriften aus den Jahren 1923/24 von dem Bemühen gekennzeichnet, der immer stärker werdenden Glorifizierung des Kaiserreiches dessen Morschheit und politische Stagnation entgegen zu stellen. Das Problem war aus einer solchen Sicht nur, dass mit der Revolution ja eben nicht bessere Zeiten einsetzen, wofür auch Preuß vor allem die siegreichen Alliierten und deren Friedensdiktat verantwortlich machte, die der reaktionären Rechten eine Steilvorlage gegeben hätten. (Vgl. S. 172, 199, 240, 307, 335, 604 f.) Deshalb verteidigte Preuß die Republik dann nicht nur wegen des Gewinns an Freiheit, sondern vor allem wegen der Bewahrung der nationalen Einheit, „unseres köstlichen und heiligsten Gutes“. (S. 612, vgl. 104, 149 f., 524). Diese Betonung des eigenen Patriotismus als nationaler Demokrat ging soweit, dass er die Selbstbezeichnung als „deutschnational“ durch die größte Rechtspartei als Usurpation brandmarkte. (S. 515 u. 617)

Nun begrenzt sich diese Edition nicht allein auf Parteipolitisches, sondern bezieht auch ausführlich u. a. verfassungsrechtliche Abhandlungen sowie Überlegungen von Preuß zum notorischen Reich-Preußen-Problem mit ein. Besonders reizvoll zu lesen sind auch die längeren historischen Abhandlungen von Preuß über die preußisch-deutsche Entwicklung seit Beginn der Neuzeit. Hier, beispielsweise in Bezug auf den preußischen Partikularismus, aber auch an anderer Stelle – etwa zur Frage eines „konstruktiven“ Misstrauensvotums (vgl. S. 561) – wird die Bedeutung von Preuß als origineller und weit in die Zukunft weisender Kopf unterstrichen. Es ist unmöglich, den vielen Aspekten in der Kürze auch nur ansatzweise gerecht zu werden.

Allerdings macht es die Edition dem Leser nicht ganz einfach. So begrüßenswert es ist, den Verlust des eigentlichen Nachlasses durch Erfassung möglichst aller noch greifbaren Publikationen von Preuß ohne Rücksicht auf das Genre zu kompensieren; die Aufbereitung für den Normalleser lässt doch etwas zu wünschen übrig. Damit ist nicht die weitgehend fehlerlose Kommentierung gemeint, sondern die Zusammenstellung: Während im Vorgängerband rein entlang der Chronologie verfahren wurde, sind hier die insgesamt 85 Dokumente acht Abteilungen zugeordnet, die sich teils nach Themen, teils nach Genres orientieren. Führt schon das zu einer gewissen chronologischen Verwirrung, so wird diese noch

dadurch gesteigert, dass die thematische Abgrenzung zumindest für den Rezensenten nicht sehr spezifisches ist und dadurch manches, was eigentlich inhaltlich zusammengehörte, an sehr verschiedenen Stellen platziert ist. Nur ein Beispiel von vielen: Zur Reichspräsidentenwahl 1925 findet sich sowohl etwas auf S. 266 ff als auf S. 618 f. Das alles führt dazu, dass sich die Argumente und Bonmots von Preuß oft wiederholen. So wird nicht nur die Lektürelust gemindert, sondern die wissenschaftliche Handhabung auch schwieriger gemacht als sie sein müsste, wenn man am Prinzip des ersten Bandes festgehalten hätte.

Nichtsdestotrotz ist diese Edition eine ebenso bewundernswerte wie sinnvolle Leistung, die uns die politische Gedankenwelt eines idealistischen demokratischen Intellektuellen in der Weimarer Republik wieder näher bringt und zugleich bezeichnendes Licht auf „Glanz und Elend“ des zeitgenössischen Linksliberalismus wirft.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich